BRIEFING

Oktober 2025

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

GPF Global Policy Forum europe

INITIATIVE LIEFERKETTEN GESETZ.DE

Rechtsbündnis gegen Nachhaltigkeit?

Deutsche Europaabgeordnete der Union wollen EU-Lieferkettenrichtlinie abschaffen oder aushöhlen – notfalls gemeinsam mit Rechtsaußen-Fraktionen

von Karolin Seitz und Armin Paasch

Nach zweijährigen Verhandlungen trat am 25. Juli 2024 die EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) offiziell in Kraft. Sie verpflichtet große Unternehmen ab Juli 2027, Menschenrechte und die Umwelt entlang der gesamten Lieferkette zu achten sowie Klimapläne im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen zu erstellen und umzusetzen. Wenngleich die Richtlinie Lücken aufweist, etwa mit Blick auf den Finanzsektor, ist sie ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft weltweit.

Am 26. Februar 2025 schlug die EU-Kommission jedoch das so genannte „Omnibus I Paket" zur „Vereinfachung" mehrerer Nachhaltigkeitsgesetze der EU vor, welches die CSDDD weitgehend aushöhlen und wirkungslos machen würde.[1] Alsbald wurde zudem klar, dass CDU und CSU sich damit nicht zufriedengeben. Bereits bei seinem Antrittsbesuch bei der EU erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz am 9. Mai in Brüssel: „Wir werden in Deutschland das nationale Gesetz aufheben, und ich erwarte auch von der EU, dass sie diesen Schritt nachvollzieht und diese Richtlinie aufhebt."

Zwar hat die Bundesregierung auf Druck der SPD offiziell eine andere Position bezogen und auch Bundeskanzler Merz ist später etwas zurückgerudert. Änderungsanträge (*Amendments*) von Angelika Niebler, Markus Ferber, Daniel Caspary und anderen Abgeordneten der Union im Europäischen Parlament (EP) lassen jedoch keinen Zweifel, dass die Abschaffung weiterhin ihr Ziel ist. Äußerungen von Angelika Niebler (CSU) sowie des schwedischen EVP-Verhandlungsführers Jörgen Warborn zeigen überdies, dass sie zu diesem Zweck selbst vor einem Bündnis mit rechtsextremen Gruppierungen im Europäischen Parlament nicht zurückschrecken. Während die Union im Bundestag weiterhin die Brandmauer zur Alternative für Deutschland (AfD) beschwört, steht deren Abriss im EP möglicherweise kurz bevor, wenn der Rechtsausschuss am 13. Oktober über seine Position zum Omnibus I Paket abstimmt.

Verschieben – Aushöhlen – Abschaffen?

Ursprünglich war die Umsetzung der CSDDD durch die Mitgliedsstaaten bis Juli 2026 geplant. Im April 2025 stimmte das EP jedoch mit dem sogenannten „Stop-the-Clock"-Verfahren dafür, die Frist bis zum 26. Juli 2027 zu verlängern. Umsetzen müssen die Unternehmen die Regelungen dann erst ab Juli 2028. Damit folgten die Europaabgeordneten vorab einem der Vorschläge der Kommission im Rahmen des Omnibus I Pakets. In dem Paket geht es jedoch nicht nur um Aufschub,

1 Vgl. Armin Paasch: Von der Leyen 2.0.; Abschied vom Green Deal? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 2025: https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/april/von-der-leyen-20-abschied-vom-green-deal, und Ders.: Rollback des Green Deal? Ein Briefing der Initiative Lieferkettengesetz, 13.2.2025: https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/02/BRIEFING_Initiative-Lieferkettengesetz_EU-Omnibus-3.pdf.

sondern um eine weitgehende Aushöhlung der EU-Lieferkettenrichtlinie **nach einem Wunschzettel** des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und seinen französischen und italienischen Pendants MEDEF und Confindustria.

Konkret sollen Sorgfaltspflichten zunächst auf direkte Zulieferer beschränkt werden, sodass die tatsächlichen Risikobereiche in der tieferen Lieferkette – etwa Umweltzerstörung im Bergbau oder Ausbeutung auf Plantagen – in der Regel zunächst ausgeblendet würden. Die EU-weit einheitliche zivilrechtliche Haftungsregel würde gestrichen, sodass Betroffene kaum eine Chance auf Schadensersatz und Wiedergutmachung hätten. Die Bußgeldhöhe will die Kommission vom Umsatz eines Unternehmens entkoppeln, sodass Großkonzerne diese aus der Portokasse zahlen könnten, ohne ihr Verhalten zu verändern. Unternehmen müssten Klimapläne zwar erstellen, aber nicht mehr umsetzen, und könnten diese mithin getrost in der Schublade verschwinden lassen. Gestrichen würde auch eine Revisionsklausel in der CSDDD, wonach die Einführung von Sorgfaltspflichten auch für Finanzmarktgeschäfte geprüft werden sollte.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben bereits am 23. Juni 2025 Stellung zum Vorschlag der Kommission genommen. Sie sprechen sich für eine teilweise noch drastischere Abschwächung der CSDDD als die Kommission aus. So würde der Anwendungsbereich der CSDDD auf Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden angehoben, womit nach Schätzungen der Bundesregierung nur noch 120 Unternehmen erfasst würden: nur vier Prozent der Unternehmen, die bereits heute das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) umsetzen. Deutschland hatte dieser „Allgemeinen Ausrichtung“ im Rat nicht widersprochen, obwohl das Bundesarbeitsministerium (BMAS) und die anderen SPD-geführten Ministerien sich klar dagegen ausgesprochen hatten. In den Verhandlungen hatte die Bundesregierung sich auf Druck der Union zudem besonders für die **Streichung der zivilrechtlichen Haftung** stark gemacht: gemeinsam mit Ungarn und Rumänien und gegen Frankreich, Spanien und Portugal.

Im Oktober 2025 steht nun die Positionierung des Europäischen Parlaments an. Jörgen Warborn (Fraktion der Europäischen Volkspartei, EVP) hat als Berichterstatter des Rechtsausschusses (JURI) am 12. Juni 2025 einen **Entwurf** zur Verhandlungsposition des Parlaments vorgelegt. Zahlreiche Mitglieder des Rechtsausschusses sowie weiterer Ausschüsse haben Änderungsvorschläge dazu eingebracht. Während die sozialdemokratischen, grünen und liberalen Schattenberichterstatter das Schutzniveau der geltenden CSDDD erhalten wollen, drängen Abgeordnete der EVP auf zusätzliche Verwässerungen der Richtlinie.

Unionsabgeordnete und Rechtsextreme fordern unisono Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie

Auffällig ist die Radikalität der **Amendments** deutscher Abgeordneter der Union, angeführt von Angelika Niebler, stellvertretende Vorsitzende der CSU und Präsidentin des Wirtschaftsbeirats der Union. Unterstützung erhält sie in der EVP besonders von deutschen Abgeordneten der Union wie Markus Ferber (CSU), Daniel Caspary (CDU), Marion Walsmann (CDU), David McAllister (CDU) und anderen. Ebenso auffällig ist die Einigkeit mit rechtsextremen Ausschussmitgliedern in dieser Forderung. Unisono fordern diese die komplette Abschaffung der CSDDD. Niebler und ihre Kolleg*innen begründen diese Forderung damit, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie (CSRD) bereits viele Aspekte abdecke, obwohl diese lediglich Berichtspflichten vorsieht.[2]

Damit sind die EVP-Abgeordneten einer Meinung mit den Abgeordneten der *Fraktion Patrioten für Europa* (PfE) rund um die französische *Rassemblement National*-Politikerin Pascale Piera und den polnischen Abgeordneten der Fraktion *Europäische Konservative und Reformer* (EKR) Tobiasz Bochénski und Kosma Złotowski (beide PiS).

Die Amendments verwundern kaum, sondern spiegeln Positionen wider, die Niebler und andere auch öffentlich vertreten haben. So forderten **Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe, und Angelika Niebler** als Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe bereits kurz nach der „Stop-the-Clock“-Abstimmung „Mut zum Rotstift“: „Der Aufschub kann aber nur

2 Dazu gehören: Angelika Niebler, Christian Doleschal, Stefan Köhler, Markus Ferber, Andrea Wechsler, Andreas Schwab, Christine Schneider, Ralf Seekatz, David McAllister, Oliver Schenk, Daniel Caspary, Norbert Lins, Sabine Verheyen, Christian Ehler, Isabelle Le Callennec, Laurent Castillo, François-Xavier Bellamy, Christophe Gomart, Céline Imart, Verena Mertens, Marion Walsmann

Änderungsantrag 566
Pascale Piera, Julie Rechagneux, Ton Diepeveen, Ernő Schaller-Baross, Raffaele Stancanelli

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung
Richtlinie (EU) 2024/1760

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Änderung der Richtlinie (EU) 2024/1760	***Aufhebung*** der Richtlinie (EU) 2024/1760

Änderungsantrag 568
Tobiasz Bocheński, Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Richtlinie (EU) 2024/1760.
Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Richtlinie (EU) 2024/1760 wird wie folgt geändert:	Die Richtlinie (EU) 2024/1760 wird ***aufgehoben.***

Änderungsantrag 570
Angelika Niebler, Christian Doleschal, Stefan Köhler, Markus Ferber, Andrea Wechsler, Andreas Schwab, Christine Schneider, Ralf Seekatz, David McAllister, Oliver Schenk, Daniel Caspary, Norbert Lins, Sabine Verheyen, Christian Ehler, Isabelle Le Callennec, Laurent Castillo, François-Xavier Bellamy, Christophe Gomart, Céline Imart, Verena Mertens, Marion Walsmann

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung
Richtlinie (EU) 2024/1760

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Richtlinie (EU) 2024/1760 wird ***wie folgt geändert***:	Die Richtlinie (EU) 2024/1760 wird ***aufgehoben.***

der erste Schritt sein. In den nun anstehenden Verhandlungen werden wir uns weiterhin für inhaltliche Änderungen einsetzen. Europa braucht den Mut zum Rotstift. Alle Auflagen, die nur Bürokratie und keinen Mehrwert bringen, müssen weg. Die Wettbewerbsfähigkeit dieses Kontinents muss endlich gestärkt werden."

Im Juli 2025 **erklärte Niebler** die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie zum Ziel der CSU-Europagruppe: „Die EU-Kommission hat zu Beginn des Jahres damit begonnen, jeden Monat ein Gesetzespaket zum Bürokratieabbau – sogenannte Omnibusse – vorzulegen. In den kommenden Monaten sollen weitere Vereinfachungen folgen, unter anderem in den Bereichen Energie und Umwelt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßnahmen ambitioniert bleiben, und schärfen stetig nach, unter anderem was die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie angeht."

Ähnlich äußerte sich **Tobiasz Bochénski** am Tag nach der „Stop-the-Clock"-Abstimmung im Namen der EKR-Fraktion: „Echte Deregulierung bedeutet, lästige, unnötige Vorschriften abzuschaffen – und nicht, sie in eine neue Verpackung zu stecken oder das Problem auf die lange Bank zu schieben. Die Regulierungsmaschinerie des Green Deal hat bei Unternehmern bereits enorme Besorgnis ausgelöst. Was wir brauchen, ist keine Verzögerung, sondern Deregulierung."[3]

Die PfE-Fraktion und die Fraktion *Europa der Souveränen Nationen* (ESN) rund um die deutsche AfD haben sich ebenfalls mehrfach für die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie ausgesprochen. So erklärte die Europaabgeordnete **Christine Anderson** (AfD) im Februar 2025: „Was Europa braucht, Sie sich aber beharrlich weigern zu liefern, wäre: weniger EU, Verbrenner erhalten, Schluss mit Lieferkettengesetz, Schluss mit Nachhaltigkeitsberichterstattung, Schluss mit Naturwiederherstellungsgesetz und vor allem Schluss mit dem unsäglichen *Green Deal*." Die AfD-Fraktion brachte im Juni 2025 auch in den Bundestag gleich zwei Anträge zum Stopp des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes sowie der EU-Lieferkettenrichtlinie ein.

Rückfalloption: Aushöhlung der CSDDD im Einklang mit der Wirtschaftslobby

Insgesamt hat die Gruppe der deutschen EVP-Abgeordneten um Niebler über 50 Änderungsvorschläge zum Omnibus-Vorschlag der Kommission im JURI eingebracht, für den Fall, dass ihre Hauptforderung nach Abschaffung nicht angenommen wird. Die Umsetzung der Amendments würde allerdings eine komplette Aushöhlung der EU-Lieferkettenrichtlinie bedeuten und letztlich einer Abschaffung nahekommen. So forderten sie – genau wie der EU-Rat – eine Einschränkung des Anwendungsbereichs auf Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden und 1,5 Milliarden Jahresumsatz (Amendment 194). Das Gleiche forderte auch Pascale Piera vom französischen *Rassemblement National* (Amendments 256 und 85).

Darüber hinaus will Niebler die Sorgfaltspflichten noch strikter als die Kommission und Jörgen Warborn auf direkte Zulieferer begrenzen, die noch dazu außerhalb Europas angesiedelt sein müssen. Zudem sollen Sorgfaltspflichten nur im Falle tatsächlicher („actual") Menschenrechtsverletzungen greifen, während drohende („potential") Verletzungen nicht mehr zu beachten wären.

3 Eigene Übersetzung.

Damit würde der Präventivcharakter der Richtlinie weitgehend ausgehebelt. Die Verpflichtung zur Erstellung von Klimaplänen (Amendment 575) will Niebler ebenso komplett streichen, genau wie der italienische EKR-Abgeordnete Mario Mantovani. Des Weiteren unterstützt sie den Vorschlag der Kommission, die EU-weite zivilrechtliche Haftungsregel für Unternehmen zu streichen, die gegen Sorgfaltspflichten verstoßen und dadurch Schäden verursachen.

In einigen Aspekten geht Niebler sogar weiter als ihre Kollegen von der rechten EKR. So fordert sie, dass die EU-Mitgliedsstaaten zur Harmonisierung bzgl. zahlreicher Bestimmungen in der Richtlinie verpflichtet werden sollen. Damit wäre den Mitgliedsstaaten verboten, weitreichendere nationale Regelungen einzuführen. Die beiden EKR-Abgeordneten Tobiasz Bocheński und Kosma Złotowski sind bzgl. der Harmonisierung der Auffassung, den Mitgliedsstaaten müsse es immerhin erlaubt sein, spezifische oder weniger strenge Bestimmungen zur Anpassung der Sorgfaltspflichten an die örtlichen Gegebenheiten, die makroökonomische Lage und die Wirtschaftspolitik des Mitgliedstaats einzuführen.

Viele der von Niebler und ihren Fraktionskolleg*innen eingebrachten Änderungen decken sich mit den Forderungen von Wirtschaftsverbänden wie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), des Bundesarbeitgeberverbands Chemie (BAVC) und des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) sowie BusinessEurope (siehe Tabelle) und gehen teilweise noch darüber hinaus. Dies betrifft beispielsweise die Forderung nach einer Ausweitung der Harmonisierung. Auch das Amendment, bei der Risikobewertung im Rahmen der Sorgfaltspflicht zwischen Unternehmen innerhalb und außerhalb der EU zu unterscheiden, deckt sich mit der Forderung von BDA und BusinessEurope. Die Forderung der Wirtschaftsverbände, keine Klimapläne mehr erstellen und einhalten zu müssen, übernehmen die EVP-Abgeordneten ebenfalls.

Angelika Niebler wurde bereits mehrfach wegen der inhaltlichen Nähe zwischen ihrer Parlamentstätigkeit und ihren Nebenjobs **kritisiert** und ihr wurden Interessenskonflikte vorgeworfen. So ist sie neben ihrer Arbeit als Europaabgeordnete für die Anwaltskanzlei Gibson, Dunn & Crutcher LLP tätig, die selbst Lobbyarbeit bei der EU betreibt. Sie ist außerdem Mitglied in Aufsichtsräten mehrerer Unternehmen, darunter der metabion international AG, der LVM Krankenversicherungs-AG, der neoshare AG und im Kuratorium der TÜV SÜD Stiftung. TÜV SÜD wird eine Mitverantwortung am Tod von 272 Menschen vorgeworfen, die bei einem Dammbruch 2019 im brasilianischen Brumadinho starben. Ein Tochterunternehmen von TÜV SÜD hatte wenige Monate zuvor die Stabilität des Damms bestätigt. In ihrer Erklärung über ihre insgesamt 19 Nebentätigkeiten gibt Niebler einen monatlichen Zusatzverdienst von 12.539 Euro (Brutto) an. Damit gehört Angelika Niebler zu den Abgeordneten mit den höchsten gemeldeten Nebeneinkünften im gesamten Europaparlament.

Fällt die Brandmauer im Kampf gegen den Green Deal?

Kurz vor der Abstimmung im Rechtsausschuss des EP am 13. Oktober wird nun mit Spannung erwartet, *welche* Kompromisse Jörgen Warborn als Berichterstatter eingehen wird, vor allem aber *mit wem* er Kompromisse schließen wird: mit den Fraktionen der politischen Mitte oder mit Rechtsaußen-Fraktionen. Die Abstimmung im Rechtsausschuss gilt als richtungsweisend für die folgende Abstimmung im Plenum des EP voraussichtlich in der darauffolgenden Oktoberwoche. Darauf folgen die Trilogverhandlungen zwischen der Kommission, dem Rat und dem Parlament.

Lange Zeit war es war es gängige Praxis im EP, dass die demokratischen, pro-europäischen Fraktionen versuchten, untereinander Kompromisse zu finden. Es gab einen sogenannten „cordon sanitaire“ bzw. eine Brandmauer gegenüber den rechtspopulistischen bis rechtsextremen und europafeindlichen Fraktionen.

Seit der Europawahl 2024 haben sich allerdings die Kräfteverhältnisse im EP gewandelt. Zwar hatte eine „Plattform“ pro-europäischer Kräfte aus EVP, der sozialdemokratischen S&D und der liberalen Renew Europe die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für eine weitere Amtszeit wiedergewählt. Die Wahl zweier Vizepräsidenten und dreier Ausschuss-Vorsitzender der EKR deuteten allerdings darauf hin, dass zumindest diese Fraktion in den Augen von der Leyens und der EVP zu einem akzeptablen Partner geworden ist.

Die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)

Die nationalkonservative, EU-kritische Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR/ECR) ist neben den „Patrioten für Europa" (PfE) und der Fraktion „Europa Souveräner Nationen" (ESN) in das rechtspopulistische bis rechtsextreme Spektrum des Europaparlaments einzuordnen. Die EKR gründete sich 2009 und ist damit die am längsten bestehende Rechtsaußen-Fraktion im Europäischen Parlament. Bei der Europawahl 2024 erlangte sie 78 Sitze, darunter 20 für die polnische PiS-Partei und 24 für die italienische Fratelli d'Italia. Ihr gehören keine deutschen Abgeordneten an.

Seit Anfang 2025 ist der ehemalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS-Partei) Präsident der EKR. Er übernimmt das Amt von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die im Dezember 2024 von dem Amt zurückgetreten war.

Bei seiner Amtseinführung betonte Morawiecki den kooperativen Kurs der EKR und erklärte, dass es der Partei gelungen sei, Mehrheiten im Parlament zu schaffen. Man arbeite sowohl mit der EVP als auch mit Gruppen von Rechtsaußen wie den „Patrioten für Europa" und der AfD-Fraktion „Europa der Souveränen Nationen" zusammen und sehe sich als „sehr aktiven und ehrlichen Vermittler" zwischen den Parteien zu ihrer Linken und Rechten.

Zu den Fraktionsmitgliedern der EKR gehören rechtsradikale Politiker*innen, wie z. B. Nicolas Bay, der u. a. stellvertretender Vorsitzender des französischen Front National und der Partei Reconquête war, sowie Marion Maréchal, die Enkelin von Front-National-Gründer Jean-Marie Le Pen.
Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) attestiert der EKR insbesondere bei den Themen Migration, Gleichstellung und Rechtsstaatlichkeit eine starke Nähe zu den rechtsextremen Fraktionen im Europaparlament: „Auf diesen Feldern ist eine klare inhaltliche Abgrenzung der EKR gegenüber den Fraktionen der PfE und ESN kaum herzustellen."

Im Juni 2025 wurden Pläne deutscher EVP-Abgeordneter bekannt, mit Blick auf den Green Deal die bisherige Brandmauer einzureißen und gemeinsam mit der rechtspopulistischen Fraktion EKR sowie der liberalen Renew-Gruppe die EU-Lieferkettenrichtlinie abzuschaffen oder komplett wirkungslos zu machen. Von diesen Plänen einiger aus der EVP berichtete Angelika Niebler bei einem Pressegespräch am 10. Juni 2025. Laut der französischen Nachrichtenagentur **aef info** erklärte Niebler: „Wenn ein Kompromiss zwischen der EVP, der S&D, den Grünen und Renew nicht möglich ist, dann wäre ein Kompromiss zwischen der EVP, Renew und der EKR möglich." [4]

Jörgen Warborn erklärte Ende Juli in einem Interview gegenüber **Coolset** ebenfalls seine Bereitschaft, beim Omnibus-Verfahren mit den Rechtsaußen-Fraktionen zu kooperieren: „Natürlich würde ich mit den Sozialdemokraten, Renew und den Grünen zusammenarbeiten. Aber wenn diese politischen Gruppen nicht flexibel sind, muss ich mich einer anderen Mehrheit anschließen (…). Wenn man einige dieser Gruppen zusammenbringt und einige von ihnen rechts von uns stehen, nun ja …".[5] EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** und der EVP-Vorsitzende Manfred Weber hatten mehrfach betont, dass sie nur mit Fraktionen zusammenarbeiten würden, die „pro-EU", „pro-Ukraine" und „pro-Rechtsstaat" seien. Inwieweit diese Kriterien allerdings auf die EKR zutreffen, ist fraglich. Laut einer Analyse des Grünen-Europaabgeordneten **Daniel Freund** zeigt das **Abstimmungsverhalten** der EKR deutlich ihre Europa- und Rechtsstaat-feindliche Positionierung. So hat die EKR mehrfach bei Abstimmungen, die sich mit der Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz in Ungarn befassten, dagegen gestimmt. „Es gibt bei der EKR – also der Fraktion, der auch Melonis *Fratelli d'Italia* angehören – de facto keine Abgeordneten, die diese Bedingungen erfüllen," so Freund.

Bereits Anfang 2024 hatte der EVP-Vorsitzende **Manfred Weber** verkündet, dass er eine Zusammenarbeit mit dem EKR-Flügel rund um Giorgia

4 Eigene Übersetzung aus dem Französischen, aef info: „Si un compromis entre le PPE, le S&D, les Verts, et Renew n'est pas possible, alors un compromis serait possible entre le PPE, Renew et ECR".

5 Eigene Übersetzung.

Meloni oder auch Petr Fiala nicht ausschließe: „Warum sollten wir nicht mit Rechtskonservativen wie Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni und Tschechiens Ministerpräsident Petr Fiala zusammenarbeiten(…)? Im neu gewählten Europäischen Parlament ist eine punktuelle Zusammenarbeit mit europafreundlichen Konservativen für mich genauso denkbar wie eine Zusammenarbeit mit den Grünen." Es gebe für die EVP allerdings eine „klare Brandmauer gegenüber allen Rechtsradikalen". Das schließe eine Zusammenarbeit mit der AfD, der polnischen PiS-Partei, der ungarischen Fidesz-Partei und der französischen Rechtsradikalen Le Pen aus. Diese bezeichnete Weber als „politische Feinde".

Doch um die CSDDD nach den Vorstellungen der Gruppe rund um Niebler komplett zu entkernen oder sie gar abzuschaffen, wäre die EVP auf Kooperation mit genau diesen „politischen Feinden" angewiesen. Denn tatsächlich hätte eine Koalition von EVP, Renew und EKR – wie von Niebler in Erwägung gezogen – keine Mehrheit. Diese liegt bei 361 Stimmen, womit den genannten Fraktionen zur Mehrheit immer noch 18 Stimmen fehlen würden. Dazu bedürfte es also zusätzlicher Stimmen der rechtsextremen Fraktionen PfE und ESN. Dies gilt umso mehr, als die liberale Renew-Fraktion – anders als die deutsche FDP – keineswegs geschlossen gegen die CSDDD auftritt. Der ehemalige Justizkommissar Didier Reynders, der den CSDDD-Vorschlag in der Kommission federführend entwickelt hatte, gehörte selber der Renew-Fraktion an. Auch der aktuelle liberale Schattenberichterstatter im Rechtsausschuss **Pascal Canfin** aus Frankreich setzt sich vehement für den Erhalt einer ambitionierten CSDDD ein.

Äußerungen des EVP-Berichterstatters Jörgen Warborn vom 30. September machen deutlich, dass ein Bündnis der EVP mit dem rechtsextremen Flügel des EP aktuell das wahrscheinlichste Szenario ist: So erklärte Warborn per **LinkedIn:** „Mein Ziel mit dem Omnibus war es immer, zu vereinfachen und Kosten für Unternehmen zu senken. Ich habe heute zwei Optionen vorgestellt, die dies liefern. Eine, die eine klare Mehrheit hat. Nichtsdestotrotz bleibe ich offen, eine Lösung für den endgültigen Deal zu finden." In einer Pressemitteilung erläuterte Renew, dass mit Option 1 „eine Mehrheit zwischen Rechten (EVP) und Rechtsaußen (EKR, Patrioten, ESN)" gemeint sei. Warborn droht Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen also unverhohlen mit einer rechten Mehrheit bei der Abstimmung im Rechtsausschuss und im Plenum, falls diese sich nicht noch weiter auf die EVP zubewegen. Dabei hatte Warborn seinen ursprünglichen Vorschlag, den Anwendungsbereich auf Unternehmen ab 3.000 Mitarbeitenden zu beschränken, zuletzt noch verschärft und die Untergrenze auf 5.000 Mitarbeitende erhöht. Die Forderung von S&D, Grünen und Liberalen nach Erhalt der zivilrechtlichen Haftungsregel lehnt Warborn nach wie vor strikt ab.

Vorherige Mehrheiten mit Rechts und Absonderung der deutschen EVP-Abgeordneten

Es wäre nicht das erste Mal, dass die EVP ihre Anliegen dank der Stimmen von Rechtsaußen im Europaparlament durchsetzt. Am 3. April 2025 stimmten die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Dringlichkeitsverfahren über den sogenannten „Stop-the-Clock"-Vorschlag der Kommission ab. Mit 531 Stimmen dafür und 69 Stimmen dagegen hatte das Europaparlament entschieden, die Umsetzung der CSRD und der EU-Lieferkettenrichtlinie um zwei Jahre bzw. ein Jahr zu verschieben. Bei dieser Abstimmung war schließlich ein Konsens zwischen den Fraktionen der Mitte gefunden worden. Der Beschluss zwei Tage zuvor darüber, dass der „Stop-the-Clock"-Vorschlag, so wie von der EVP gewünscht, im **Dringlichkeitsverfahren** behandelt werden solle, war allerdings gegen die Stimmen von S&D, Grünen und Linken und nur mit den Stimmen von ECR, ESN, PfE und Renew durchgekommen (insgesamt 427 dafür, 221 dagegen und 14 Enthaltungen). Die niederländische S&D Abgeordnete **Lara Wolters** erklärte ihre Gegenstimme damit, dass das Dringlichkeitsverfahren für Krisensituationen vorgesehen sei. Sie bezeichnete die Abstimmung als „übereilten Ansatz, der derzeit auf die Unterstützung der extremen Rechten angewiesen ist". Sie erklärte weiter, es habe „dem Vertrauen und unseren gemeinsamen europäischen Werten geschadet".[6]

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die EVP-Mitglieder ihre Androhung einer Kooperation mit Rechtsaußen-Fraktionen ernst meinen, war die **Abstimmung über die Stellungnahme** des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) zum Entwurf von Warborn für eine Verhandlungs-

6 Eigene Übersetzung.

position des EP. So hatten die EVP-Abgeordneten gemeinsam mit den Stimmen von PfE und EKR gegen die Stimmen von S&D, Grünen und Linken mehrere radikale Amendments in der Stellungnahme durchgesetzt. Demnach fordert der ECON nun ähnlich wie der EU-Rat, dass die Regelungen der EU-Lieferkettenrichtlinie dahingehend geändert werden, dass sie nur für Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden gelten.

Bereits 2019 war die EVP nicht davor zurückgeschreckt, gemeinsam mit den Stimmen der Rechten einen Entschließungsantrag zur Unterstützung von Such- und Rettungsoperationen im Mittelmeer erfolgreich und nur mit knapper Mehrheit abzulehnen (290 Gegenstimmen, 288 dafür, 36 Enthaltungen). Seit der Konstituierung des neuen Parlaments 2024 häufen sich die Fälle, in denen durch eine Mehrheit von EVP mit den Rechtsaußen-Fraktionen Beschlüsse gefällt werden.

Im Oktober 2024 stimmte die EVP-Fraktion dann erstmals für den Änderungsantrag eines AfD-Parlamentariers, als es darum ging, den Standpunkt des Parlaments für die EU-Haushaltsverhandlungen festzulegen. Der verantwortliche AfD-Abgeordnete **Alexander Jungbluth** sprach von einem „historischen Tag“ und einem „riesigen Erfolg“. Im November 2024 folgte eine Abstimmung über den Aufschub der Entwaldungsverordnung. Der Antrag der EVP, die EU-Entwaldungsverordnung um ein Jahr zu verschieben, wäre ohne die **Stimmen** der Rechten, darunter der AfD-Europaabgeordneten, nicht durchgesetzt worden.

Laut einer **Analyse von Politico** wird deutlich, dass die EVP bereits in der vorherigen Wahlperiode (2019-2024) ähnlich oft mit den EKR und gegen die S&D-Fraktion gestimmt hat. Durch die neue Sitzverteilung zugunsten der Rechtsaußen-Fraktionen sei das gemeinsame Abstimmungsverhalten jedoch erfolgreicher darin, beschließende Mehrheiten zu bilden. Auch die S&D-Fraktion und die EKR stimmten gelegentlich gleich und gegen die EVP. Während sich ein gleiches Abstimmungsverhalten von EVP und EKR jedoch bei politisch aufgeladenen Texten zeige, würde es sich laut Politico bei den gemeinsamen S&D-EKR-Abstimmungen meist um technische Vorgänge handeln.

Vergleicht man das Abstimmungsverhalten der deutschen EVPler*innen mit dem ihrer europäischen Fraktions-Kolleg*innen, zeigt sich, dass die deutschen Abgeordneten häufig deutlich konservativer abstimmen, vor allem wenn es um Nachhaltigkeitsthemen geht. So stimmten die deutschen EVP-Abgeordneten 2019 geschlossen gegen einen Entschließungsantrag zur Ausrufung eines Klima- und Umweltnotstandes, während von der gesamten EVP-Fraktion insgesamt fast die Hälfte für den Antrag gestimmt hatte. Bei der **Abstimmung über den Green Deal** im Januar 2020 stimmten von den deutschen EVP-Abgeordneten nur sieben dafür (weitere 19 enthielten sich, 2 stimmten dagegen), während sich von der gesamten EVP insgesamt 131 Abgeordnete dafür aussprachen (weitere 35 enthielten sich, 4 stimmten dagegen). Die deutschen Abgeordneten waren in ihrem Abstimmungsverhalten bei den genannten Fällen in Gesellschaft von Abgeordneten der damaligen rechtsextremen Fraktion Identität und Demokratie (ID) und der EKR-Fraktion.

Eine deutliche Absonderung der deutschen EVP-Abgeordneten von ihren Fraktionskolleg*innen zeigte sich schließlich, als es darum ging, die EU-Lieferkettenrichtlinie im Parlament zu verabschieden. Angelika Niebler und die deutschen EVP-Abgeordneten hatten alles daran gesetzt, die Annahme der Richtlinie zu verhindern. Kurz vor der Abstimmung am 1. Juni 2023 hatte Niebler versucht, einen zuvor auch mit der EVP-Fraktion und ihrem deutschen Fraktionskollegen Axel Voss (CDU) erarbeiteten Kompromissvorschlag des Rechtsausschusses mit einem zusätzlichen Änderungsantrag zu **torpedieren**. Angeführt von Niebler und der CDU/CSU-Fraktion hatte die EVP Ende Mai 2023 schließlich beschlossen, den Kompromissvorschlag bei der Plenarabstimmung abzulehnen, sollten nicht weitere Änderungen am Text aufgenommen werden. Letztlich stimmten die deutschen EVP-Abgeordneten geschlossen gegen die Annahme der Richtlinie, von ihren europäischen Kolleg*innen waren immerhin 46 dafür.

Ausblick

Anders als die Gruppe der vorrangig deutschen EVP-Abgeordneten rund um Angelika Niebler fordert ihr schwedischer EVP-Fraktionskollege Jörgen Warborn nicht die komplette Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie. Jedoch droht auch er damit, mit den Rechtsaußen-Fraktionen zu stimmen, sollten S&D, Grüne und Renew der EVP nicht weit genug entgegenkommen.

Die deutsche CDU/CSU-Gruppe mit 29 Abgeordneten ist allerdings die größte und dominante Gruppierung innerhalb der EVP-Fraktion und stellt mit Manfred Weber (CSU) den Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Ob die EVP die CSDDD am Ende mithilfe der EKR und anderen rechtsextremen Fraktionen abschafft oder komplett aushöhlt, dürfte nicht zuletzt von Bundeskanzler Friedrich Merz abhängen. Zwar hat dieser in Brüssel selber die Abschaffung der CSDDD gefordert. Die von ihm geführte Bundesregierung hat sich zugleich aber im Koalitionsvertrag für den Erhalt und die Umsetzung der CSDDD ausgesprochen.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, wieviel die Bekenntnisse der Union zur Brandmauer noch wert sind. Sucht sie einen Kompromiss mit der demokratischen Mitte, der zumindest den Kerngehalt der CSDDD bewahrt? Oder reißt sie die Brandmauer endgültig ein zur Rückabwicklung der CSDDD und anderer Kernelemente des Green Deal? Letzteres wäre ein fatales Signal: für Menschenrechte, die Umwelt, das Klima und die politische Zukunft der EU wie auch mittelfristig in Deutschland.

Impressum

Rechtsbündnis gegen Nachhaltigkeit?
Deutsche Europaabgeordnete der Union wollen EU-Lieferkettenrichtlinie abschaffen oder aushöhlen – notfalls gemeinsam mit Rechtsaußen-Fraktionen

Herausgeber:

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V.
Mozartstraße 9 · 52064 Aachen
info@misereor.de · www.misereor.de
Kontakt: Armin Paasch

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37 a · 53115 Bonn
europe@globalpolicy.org · www.globalpolicy.org
Kontakt: Karolin Seitz

Initiative Lieferkettengesetz
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
www.lieferkettengesetz.de, info@lieferkettengesetz.de
Kontakt: Sofie Kreusch

Autoren: Karolin Seitz und Armin Paasch

Redaktionelle Mitarbeit: Anna Held, Juliane Bing, Heike Drillisch, Cornelia Heydenreich

Layout: www.kalinski.media

Aachen / Berlin / Bonn, Oktober 2025